

Alles gegen die Kriegsfront

Am Wochenende fand in Kassel der 21. Friedenspolitische Ratschlag statt. Diskussion über Manipulation durch Medien und Aktivitäten für das kommende Jahr. **Von Arnold Schölzel**

Der Westen ist auf Kriegskurs, die Unruhe hierzulande wächst. Sie findet ihren Ausdruck vor allem in Lawinen von Unmutsäußerungen gegenüber Konzern- und Staatsmedien, weniger auf den Straßen. Kann sein, dass sich das am kommenden Sonnabend bei den Demonstrationen des »Friedenswinters 2014/15« in mehreren deutschen Städten, insbesondere vor dem Sitz des Bundespräsidenten, ändert. Allerdings wird angestrengt daran gearbeitet, die Aktionen vorab als durch Rechte unterwandert zu diskreditieren. Eine Allianz von Mainstreammedien und vornehmlich Vertretern der Linkspartei ist angetreten, die Antikriegskundgebungen als »rückwärtsgewandte reaktionäre Veranstaltungen« (Klaus Lederer, Landesvorsitzender Die Linke Berlin) zu diffamieren. In Kassel, wo sich am Wochenende fast 400 Mitglieder der »traditionellen« Friedensbewegung zum 21. Friedenspolitischen Ratschlag trafen, drückte es ein Teilnehmer so aus: »Kriegsfront ist das Problem, nicht Querfront.« Anders gesagt: Wer mit den Kriegsparteien SPD und Grüne eine Front bilden will, muss selbstverständlich »Antikrieg« als rückwärtsgewandt, unmodern, reaktionär etc. betrachten.

Die Aktionen des »Friedenswinters« spielten in den Plenartagungen der Kasseler Konferenz jedoch nur am Rand eine Rolle. Das mag bedauern, wer auf Verdacht gegründete Debatten bevorzugt, hier ging es vorrangig um Analyse dessen, was sich auf den zahlreichen Kriegsschauplätzen der Welt zuträgt, wie die deutschen Leitmedien das widerspiegeln und welche Schwerpunkte sich die Friedensbewegung 2015 setzt. Der Befund ist eindeutig, wie Lühr Henken (Berlin), der an Stelle des erkrankten Peter Strutynski die Teilnehmer begrüßte, einleitend unter dem Titel »Auslaufmodell Frieden?« darlegte: Die NATO eskaliert den Krieg in der Ukraine, im Irak und in Syrien wird der Krieg weiter angeheizt, die Bundesregierung spricht von Afghanistan als einer »Erfolgsstory«. Der Drohnenkrieg der USA wird von deutschem Boden aus geführt. Jürgen Gräßlin (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Freiburg) sah »Rückenwind für die Friedensbewegung« und forderte zu mehr Anstrengungen auf, deutsche Rüstungsexporte zu beenden. Der Psychologe Rolf Verleger (Lübeck) setzte sich mit der Produktion von »Antisemiten« in der Bevölkerung durch entsprechend angelegte Meinungsumfragen auseinander, der Historiker Ludwig Elm (Jena) gab einen Ausblick auf die wichtigsten Stationen des Gedenkjahres 2015, in dem der 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus begangen wird.

Besonderes Interesse zog der Politikwissenschaftler Sinan Birdal (Istanbul) mit seinem Vortrag über »Türkei und Naher Osten« auf sich. Eine geopolitische Besonderheit der Region sei die Existenz mehrerer Länder, die sich dort gegenseitig die Hegemonie streitig machen. Washington fördere diese Auseinandersetzungen. Birdal unterschied folgende Achsen bzw. Bündnisssysteme: Saudi-Arabien und Salafisten; Vereinigte Arabische Emirate und Ägypten; Iran und Syrien, Irak sowie Schiiten generell. Besonders wich-



Raus auf die Straße – Ostermarsch 2014 in Düsseldorf

tig seien die Linie Türkei–Katar mit ihrer Unterstützung der Muslimbrüder sowie Israel.

Davutoglu-Doktrin

Den USA sei es gelungen, die arabischen Aufstände vor allem gegen den Iran zu bündeln, was sich in erster Linie für Israel ausgezahlt habe. Sie hätten aber nicht damit gerechnet, dass dies auch zur Entfesselung der kurdischen Bewegung führen würde. Hintergrund sei die grundlegende Strategie der Türkei: Sie möchte auch nach dem Ende der Sowjetunion Partner der USA bleiben, entwickle aber ein eigenes Konzept, die sogenannte Davutoglu-Doktrin, um sich den Schutz Washingtons zu sichern. Dazu gehöre, rund um das Land eine Pufferzone zu legen, die sich auf ethnische und religiöse Gruppen sowie auf deren Stellvertreterkriege stütze. In diesem Sinn habe Ankara mit der PKK Verhandlungen begonnen, führe aber gleichzeitig Krieg gegen deren Partnerorganisationen z. B. im nördlichen Syrien. Das Konzept der PKK und der PYD in Rojava gehe im Gegensatz dazu davon aus, dass Nationalstaaten kein Modell mehr für die Zukunft seien. Die kurdischen Bewegungen hätten seit ihrer ideologischen Transformation in den 90er Jahren sich mit Fragen der Umwelt,

der Gleichstellung von Frauen oder Homosexuellen befasst, die Verfassung von Rojava orientiere sich an der Schweizerischen und deren Kantonalssystem. Aus Birdals Sicht könnte dieses Modell in der Region an Attraktivität gewinnen, das sei der Grund, warum der »Islamische Staat« gegen Kobani, nicht aber gegen Bagdad vorgerückt sei.

Mit größter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden auch dem Historiker und Philosophen Moshe Zuckermann (Tel Aviv), der am Sonntag morgen seine Analyse vortrug: »Wie der Zionismus seinen Untergang betreibt«. In der Auflösung der israelischen Regierung manifestiere sich ein Grundproblem: »Der Zionismus hat sich in eine Sackgasse begeben.« Wofür auch immer er sich entscheide, es führe zur Selbstauflösung. Die Zweistaatenlösung lehne er einerseits ab, behalte er andererseits den bisherigen Staat bei, müsse Israel sich angesichts von vier bis fünf Millionen Palästinensern, die nicht israelische Staatsbürger werden könnten, als »Apartheidstaat« erklären. Die erste Lösung, der Frieden mit Palästina, setze den Rückzug der Siedler voraus, deren Zahl bis zu 500.000 betrage. Das sei weder logistisch noch ideologisch zu bewältigen und werde bürgerkriegsähnliche Zustände nach sich ziehen. Warum aber werden in Israel seit über 40

Jahren Regierungen gewählt, die jede Friedenslösung unterminieren? Zuckermann: »Man wollte nie den Frieden und will ihn bis heute nicht.« Die nun erkennbare Sackgasse sei im Zionismus von Anfang an angelegt. Denn er sei stets expansiv auf Landnahme und Einmauerung orientiert gewesen, habe nie Teil der Region sein wollen.

Mediale Mobilmachung

«Den »Meinungsmedien auf Kriegskurs« gingen abschließend in einer Podiumsdiskussion unter Leitung des Gewerkschafters Horst Schmitthener mehrere Publizistinnen und Autoren nach: Daniela Dahn, Sabine Schiffer, Eckart Spoo und Jens Wernicke. Sie machten darauf aufmerksam, dass die Kriegsberichterstattung der Medien nichts Neues sei, sondern seit den monströsen Lügen etwa über den seinerzeit angeblich von Serbien veranstalteten Völkermord im Kosovo 1999 Normalität. Nicht nur Krieg, sondern auch soziale Verwerfungen würden von der Mainstreampresse manipulativ wiedergegeben. Sabine Schiffer vertrat die Auffassung, innerhalb der bisherigen Strukturen könnten alternative Medien nicht arbeiten. Ein Genossenschaftsmodell wie bei jW und taz verhindere, wie das Beispiel der letzteren zeige, die Systemintegration nicht. Eine Patentlösung gebe es nicht, wohl aber viele Möglichkeiten, die nötigen Finanzen zu erwirtschaften, und für demokratische Strukturen z. B. in den öffentlich-rechtlichen Sendern einzutreten. Eckart Spoo erinnerte daran, dass zehn Medienkonzerne den Zeitungsmarkt der Bundesrepublik weitgehend beherrschen. Aus seiner Sicht sei es am wichtigsten, die bereits existierenden alternativen Medien zu stärken: durch Abonnieren, Weitergeben, durch Verhandlungen in Gesprächskreisen bis hin zur Forderung, Medienanalyse in Volkshochschulen zu betreiben. Entscheidend sei, Lügen bei jeder Gelegenheit öffentlich namhaft zu machen – im Kollegenkreis oder in öffentlichen Versammlungen. Momentan sei es lebenswichtig, etwas zu ändern, denn im Ukraine-Krieg gehe es letztlich um die Destabilisierung Russlands, also um Brandgefährliches.

■ Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation

Der Bundesausschuss Friedensratschlag verabschiedete auf seiner Konferenz am Wochenende in Kassel einen »dringenden Appell an die politisch Verantwortlichen in Bundesregierung und Parteien«:

Die ukrainische Regierung will mehr Waffen von der EU, speziell von Deutschland. Zugleich beharrt Kiew darauf, Mitglied der NATO zu werden. Präsident Poroschenko sagt: »Ich habe keine Angst vor einem Krieg mit russischen Truppen.« Und: »Wir sind auf das Szenario für diesen totalen Krieg vorbereitet.« Diese in den Medien breitgetretene Mobilmachung ist verantwortungslos und muss beendet werden. Alle Versuche, politische Probleme militärisch zu lösen, hinterließen bisher nur Scherbenhaufen.

Die Bundesregierung mit Frau Merkel an der Spitze darf angesichts der selbstauferlegten »deutschen Verantwortung« das gefährliche Geschehen in Kiew nicht einfach hinnehmen. Sie ist für einen Ausweg aus dem Verhängnis mitverantwortlich.

Angesichts der drohenden Eskalation der Gewalt ist eine neue europäische Friedensordnung auf der Grundlage der OSZE erforderlich. Sie ist nicht ohne oder gegen Russland möglich. (...)

■ Dokumentiert Kriegsvorbereitung einstellen

■ Nach 60 Prominenten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien (siehe jW vom 8. Dezember) warnt nun auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) in einer Erklärung (»Kriegsvorbereitung einstellen, Frieden in Europa sichern!«) vor einem Krieg mit Russland:

Mehr denn je seit dem Ende des Kalten Krieges haben wir Anlass zur Sorge um den Frieden in Europa. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, der die Vereinigung der beiden deutschen Staaten erst möglich gemacht hat, sollte die Blockkonfrontation enden. Wesentliche Bedingung von seiten der damaligen Sowjetunion war die Zusage, dass der Osten Deutschlands atomwaffenfrei bleiben sollte und die NATO keine Erweiterung bis an die Grenzen der Sowjetunion anstrebe. Im »Gemeinsamen Europäischen Haus« sollten alle Staaten in Sicherheit zusammenleben. Seitdem haben sich NATO und EU Schritt für Schritt an die heutigen Grenzen Russlands heran erweitert. Mit der Einbeziehung der Ukraine in EU und NATO-Strategie wurde eine neue, explosive Situation geschaffen. Die EU ist in diesem Konflikt kein Vermittler, sondern (Mit-)Verursacher. Die Bundesregierung muss in dieser Situation ihre historische Verantwortung für den Frieden in Europa wahrnehmen.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, sich an die Zusagen an Michail Gorbatschow zu erinnern und die russischen Sicherheitsinteressen ernst zu nehmen. Das bedeutet:

- Keine weitere Ausweitung der NATO nach Osten!
- Keine provozierenden Manöver an den russischen Grenzen!
- Schluss mit antirussischer Propaganda und Drohgebärden!
- Einspruch gegen die Eskalationsstrategie, die besonders von Polen und den baltischen Staaten gefordert und von NATO-Generalsekretär Stoltenberg aufgegriffen wird!
- Kein Schulterschluss mit der ukrainischen Regierung, die sich politisch und militärisch auf die reaktionärsten Kräfte des Landes unter Einschluss faschistischer Parlamentarier und Milizen stützt!

Es drängt sich der Verdacht auf, dass die gefährliche Situation in der Ukraine genutzt werden soll, um mit der Neuaufstellung der »Speerspitze« genannten multinationalen Eingreiftruppe unter deutscher Führung der von Bundespräsident Gauck mehrfach geforderten »Übernahme von mehr Verantwortung« näherzukommen.

Wir sagen nein zur weiteren Militarisierung der deutschen Politik!

- Schluss mit den Auslandseinsätzen!
- Abrüstung statt Interventionsarmee!
- Kein Werben fürs Töten und Sterben! (...)